



Landkreis Potsdam-Mittelmark
Der Landrat
Landrat Wolfgang Blasig

Landkreis Potsdam-Mittelmark • Postfach 1138 • 14801 Bad Belzig

Niemöllerstr. 1, 14806 Bad Belzig
Tel.: 033841/91-111
Fax: 033841/91-377
gesundheitsamt@potsdam-mittelmark.de
unser Zeichen: 42/53-BI/Ne/An/Ku/Gö-2397/21

**Zehnte Allgemeinverfügung des Landkreises Potsdam-Mittelmark
über die häusliche Absonderung und Gesundheitsbeobachtung von
Personen, die mit dem neuartigen Corona-Virus (SARS-CoV-2)
infiziert sind, von Verdachtspersonen, Ausscheidern, engen
Kontaktpersonen sowie von Ansteckungsverdächtigen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit ergeht die folgende

Allgemeinverfügung:

A.

I.

Die Neunte Allgemeinverfügung vom 25. November 2021 wird mit Ablauf des 28. Dezembers 2021 aufgehoben.

II.

Mit Außerkrafttreten der Neunten Allgemeinverfügung tritt die nachfolgende Zehnte Allgemeinverfügung in Kraft.

B.

1. Geltungsbereich

- 1.1. Diese Allgemeinverfügung gilt für alle Personen, die im Landkreis Potsdam-Mittelmark ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben und

- a) mittels PoC-Antigen-Test oder PCR-Test positiv auf das Virus SARS-CoV-2 getestet wurden („Erkrankte“);
- b) nach vollständiger Impfung mittels PCR-Test positiv auf das SARS-CoV-2 getestet wurden, ohne Symptome zu zeigen („Ausscheider“);
- c) Symptome zeigen, die auf eine SARS-CoV-2-Infektion hindeuten, und die sich aufgrund dieser Symptome nach ärztlicher Beratung einer Testung auf SARS-CoV-2 unterzogen haben oder noch unterziehen werden („Verdachtspersonen“); typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 sind Atemnot, neu auftretender Husten, Fieber und Geruchs- oder Geschmacksverlust. Unter diese Regelung fallen auch symptomatische Personen, die geimpft oder genesen sind;
- d) denen vom Gesundheitsamt oder auf Veranlassung des Gesundheitsamtes durch Dritte mitgeteilt wurde, dass sie aufgrund eines engen Kontaktes zu einem bestätigten Fall von SARS-CoV-2 nach den jeweils geltenden Kriterien des Robert Koch-Instituts (RKI) als enge Kontaktpersonen gelten („enge Kontaktperson“);
- e) von denen aufgrund von Kontakten zu einer infizierten Person in Schulen und in Einrichtungen der Kindertagespflege anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein („Ansteckungsverdächtige“).

1.2. Einzelanordnungen des Gesundheitsamtes gehen dieser Allgemeinverfügung vor.

2. Selbsttest

Für die Durchführung von Selbsttests gelten folgende Regelungen:

- 2.1. Personen, die eigenhändig oder mit Hilfe Dritter mittels eines Selbsttestes einen Positivbefund ermittelt haben, haben das eigene Testergebnis unverzüglich durch einen Hausarzt, einen Facharzt oder in einer vom Landkreis beauftragten Teststelle mittels eines PCR-Tests überprüfen zu lassen. Bei einer Bestätigung des Positivbefundes finden die nachfolgenden Anordnungen für Erkrankte Anwendung.
- 2.2. Für Gemeinschaftseinrichtungen im Sinne des § 33 IfSG (= Einrichtungen, in denen überwiegend Säuglinge, Kinder und Jugendliche betreut werden, insbesondere Kinderkrippen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Kinderhorte, Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen, Heime, Ferienlager und ähnliche Einrichtungen) wird Folgendes angeordnet: Eltern von Kindern, die eine Gemeinschaftseinrichtung besuchen und bei denen mittels eines Selbsttestes ein positiver Befund festgestellt wurde, haben diesen Befund umgehend der Leitung der Gemeinschaftseinrichtung zu melden, um dort eine Kontaktpersonennachverfolgung zu ermöglichen. Auf die Kinder finden die nachfolgenden Bestimmungen für Erkrankte Anwendung.
- 2.3. Gleiches gilt, wenn die Selbsttestung in der Gemeinschaftseinrichtung vorgenommen wurde.
- 2.4. Nrn. 2.2. und 2.3. finden entsprechende Anwendung auf das Personal in Gemeinschaftseinrichtungen

- 2.5. Die Gemeinschaftseinrichtung ist zur Weitergabe der Information über einen Positivbefund an das Gesundheitsamt verpflichtet.

3. Absonderung und Meldepflichten

- 3.1. Erkrankte, Verdachtspersonen und enge Kontaktpersonen haben sich unverzüglich ohne weitere Anordnung des Gesundheitsamtes in häusliche Absonderung zu begeben und dem Gesundheitsamt die konkrete Anschrift des gewählten Aufenthaltsortes mitzuteilen.
- 3.2. Folgende Möglichkeiten stehen für eine Kontaktaufnahme zur Verfügung:
- a) postalisch: Landkreis Potsdam-Mittelmark, Niemöllerstraße 1, 14806 Bad Belzig
 - b) elektronisch: gesundheitsamt@potsdam-mittelmark.de
Auf der Internetseite des Landkreises steht ein Meldebogen zur Verfügung. Dieser kann online ausgefüllt und per E-Mail versendet oder als PDF heruntergeladen, ausgedruckt und postalisch versendet werden.
 - c) telefonisch: Die Hotline des Gesundheitsamtes ist für Infektionsmeldungen montags bis donnerstags von 8 bis 16 Uhr und freitags von 8 bis 14 Uhr unter folgender Telefonnummer erreichbar: 033841/91-111 (an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen besteht eine elektronische Erreichbarkeit unter: gesundheitsamt@potsdam-mittelmark.de).
- 3.3. Erkrankte, Ausscheider und Verdachtspersonen haben dem Gesundheitsamt diejenigen Personen mit Vornamen, Nachnamen und (soweit möglich) Adresse oder Telefonnummer zu melden, mit denen sie in den vergangenen zwei Tagen vor dem Beginn der Symptome bzw. des Tages des Abstrichs engen Kontakt hatten. Erkrankte und Verdachtspersonen sind darüber hinaus verpflichtet, die gegenüber dem Gesundheitsamt benannten Kontaktpersonen über die Erkrankung bzw. den Verdacht einer SARS-CoV-2-Infektion zu informieren. Enge Kontaktpersonen sollen ihre eigenen engen Kontakte außerhalb des Haushaltes informieren und diese bitten, auf Krankheitssymptome zu achten und Kontakte zu minimieren.
- 3.4. Bei stationärer Einweisung aufgrund von SARS-CoV-2-Symptomen ist das Gesundheitsamt unverzüglich darüber in Kenntnis zu setzen, um ggf. weitere Maßnahmen festzulegen.
- 3.5. Für Ausscheider gemäß 1.1. b) gilt die nachfolgende Sonderregelung: Ausscheider sind der Beobachtung gemäß 6. unterworfen und zur Auskunft verpflichtet. Soweit diese Maßnahmen nicht die gewünschte Unterbindung von weiteren Ausscheiden und damit einhergehenden Infektionsgefahren haben und dadurch die Umgebung gefährdet wird, ist das Gesundheitsamt gehalten, eine Absonderung anzuordnen. Unabhängig davon, ob eine Absonderung angeordnet wurde oder nicht, haben Ausscheider ein Tagebuch unter Beachtung von 5.5. zu führen. Fünf Tage nach Beginn der Beobachtung haben Ausscheider, sofern sie weiterhin asymptomatisch sind, dem Gesundheitsamt eine PCR-Verlaufsuntersuchung mit negativem Testergebnis vorzulegen. Entwickelt der Ausscheider während der Zeit der angeordneten Beobachtung Symptome oder weist die PCR-Verlaufsuntersuchung

einen Wert oberhalb des Schwellenwertes (= Viruslast von > 1.000.000 Kopien/ml) aus, finden die Regelungen für Erkrankte Anwendung (4.1. a), 4.2. a));

4. Beginn und Ende der Absonderung (Quarantäne und häusliche Absonderung)

4.1. Die Absonderung beginnt

- a) für Erkrankte
 - aa) ohne Symptome an dem Tag des Tests,
 - bb) mit Symptomen am Tag des Symptombeginns;
- b) für Verdachtspersonen bei dem Vorliegen einer der nachfolgenden Voraussetzungen:
 - aa) erstmaliges Aufsuchen des Hausarztes zur ärztlichen Beratung und Untersuchung,
 - bb) Symptombeginn
 - cc) positiver PoC-Antigen-Schnelltest
- c) für enge Kontaktpersonen, die in demselben Haushalt mit einem bestätigten Erkrankten leben, soweit sie nicht unter Nr. 4.4. fallen
 - aa) mit dem Tag des erstmaligen Auftretens von wahrnehmbaren Symptomen (Symptombeginn) beim Erkrankten
 - bb) bei Symptommfreiheit mit dem Tag des positiven Testergebnisses dieses Erkrankten,
- d) für enge Kontaktpersonen, die nicht im Haushalt mit einem bestätigten Erkrankten leben und die nicht unter Nr. 4.4. fallen, sobald sie eine entsprechende Mitteilung nach Nr. 1.1, d) erhalten haben.

4.2. Die Absonderung endet

- a) für Erkrankte mit der Vorlage eines negativen Testergebnisses (zertifizierter PoC-Antigen-Schnelltest oder PCR-Test) beim Gesundheitsamt. Die Testung zur Beendigung der Absonderung darf jedoch frühestens am 14. Tag der Absonderung erfolgen. Bei der Ermittlung der 14-tägigen Absonderungsdauer für Erkrankte wird der Tag des Tests nicht mitgerechnet. Voraussetzungen sind ferner:
 - aa) bei Patienten mit leichtem oder mildem/moderatem Krankheitsverlauf und ungestörter Immunkompetenz: eine nachhaltige Besserung der akuten COVID-19-Symptomatik gemäß ärztlicher Beurteilung seit >48 h;
 - bb) bei Patienten mit schwerem oder kritischem Krankheitsverlauf sowie bei Bewohner von Altenpflegeheimen: eine nachhaltige Besserung der akuten COVID-19-Symptomatik gemäß ärztlicher Beurteilung seit >48 h sowie ein aussagekräftiges PCR-Untersuchungsergebnis, das darauf hindeutet, dass keine hohen Erregermengen ausgeschieden werden.
 Für immunsupprimierte Patienten nimmt das Gesundheitsamt eine Einzelfallbeurteilung vor;
- b) abweichend von a) hiervon endet für Kinder, die sich gemäß 2.2. einem Selbsttest mit Positivbefund unterzogen haben, die Absonderung mit Vorliegen eines negativen Testergebnisses durch PCR-Test mit sofortiger Wirkung;

- c) im Falle von Ausscheidern, gegenüber denen eine Absonderung angeordnet wurde, nach 5 Tagen. Voraussetzung ist, dass die Person weiterhin asymptomatisch ist und dem Gesundheitsamt eine PCR-Verlaufsuntersuchung mit negativem Testergebnis vorgelegt wird; entwickeln die Personen während der Absonderung Symptome oder weist die PCR-Verlaufsuntersuchung einen Wert oberhalb des Schwellenwertes (= Viruslast von > 1.000.000 Kopien/ml) aus, findet die Regelung für Erkrankte Anwendung (4.1. a), 4.2. a));
- d) für Verdachtspersonen mit Vorliegen eines negativen Testergebnisses. Ist das Testergebnis der Verdachtsperson positiv, wird die Absonderung fortgesetzt. Es gelten dann die Regelungen für Erkrankte;
- e) für enge Kontaktpersonen mit dem Ablauf von 10 Tagen und Vorliegen von Symptommfreiheit, ohne dass es eines abschließenden Testes bedarf. Für die Berechnung der 10-tägigen Absonderungsdauer für enge Kontaktpersonen wird wie folgt verfahren: Der fiktive Beginn ist der erste Tag
 - aa) nach dem erstmaligen Auftreten von Symptomen des im eigenen Haushalt lebenden Erkrankten bzw.
 - bb) nach dem letzten Kontakt mit dem nicht im eigenen Haushalt lebenden Erkrankten unabhängig davon, wann die Mitteilung gemäß Nr. 1.1. d) erfolgte. Für Betreute und Betreuer in Gemeinschaftseinrichtungen gilt darüber hinaus, dass diese nach Ablauf der Absonderung symptomfrei sind und einen zertifizierten negativen Abstrich vor Betreten der Gemeinschaftseinrichtung vorlegen.

4.3. Die 10-tägige Absonderung für enge Kontaktpersonen kann verkürzt werden:

- a) auf 5 Tage bei Vornahme eines PCR-Tests bei einer Probenentnahme frühestens am 5. Tag. Die Absonderung endet erst nach Vorlage des negativen Testergebnisses. Wird bereits vor dem 5. Tag der Absonderung eine Testung auf SARS-CoV-2 durchgeführt, so verkürzt ein negatives Testergebnis die Absonderungsdauer nicht;
- b) auf 7 Tage bei Vornahme eines PoC-Antigen-Schnelltests bei Probenentnahme frühestens am 7. Tag. Die Absonderung endet erst nach Vorlage des negativen Testergebnisses. Wird bereits vor dem 7. Tag eine Testung auf SARS-CoV-2 mittels PoC-Antigen-Schnelltests durchgeführt, so verkürzt ein negatives Testergebnis die Absonderungsdauer nicht. Die Testung hat als Fremdtestung durch oder unter Aufsicht vor Ort durch geschulte Personen zu erfolgen.
- c) Diese Regelungen gelten nicht für Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 IfSG.

4.4. Die Absonderung-Anordnungen für enge Kontaktpersonen gelten nicht für asymptomatische vollständig gegen COVID-19 geimpfte Personen sowie für asymptomatische genesene Personen (PCR-bestätigte SARS-CoV-2-Infektion nicht älter als 6 Monate) nach Kontakt zu einem bestätigten SARS-CoV-2-Fall. Für vollständig geimpfte Personen gilt diese Ausnahme von der Absonderung nur bei Verwendung der aktuell in Deutschland zugelassenen und von der Ständigen Impfkommision (STIKO) empfohlenen Impfstoffe. Im Ausland zugelassene Versionen der EU-zugelassenen Impfstoffe stehen den genannten EU-zugelassenen Impfstoffen für den Nachweis des Impfschutzes gleich (<https://www.pei.de/impfstoffe/covid-19>). Bis zum 14. Tag nach dem letzten Kontakt

zu dem SARS-CoV-2-Fall hat ein Selbstmonitoring (Führung eines Tagebuches mit Körpertemperatur, Symptomen) zu erfolgen.

- 4.5. Sollten 48 Stunden vor Ablauf des Absonderungszeitraumes noch Symptome vorliegen, ist mit dem Gesundheitsamt Kontakt aufzunehmen.

5. Verhaltenspflichten während der Absonderung

- 5.1. Erkrankten, Verdachtspersonen, enge Kontaktpersonen und Ausscheidern, denen gegenüber eine Absonderung angeordnet wurde, ist es für die gesamte Dauer der Absonderung untersagt,
- die Wohnung ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes zu verlassen. Das gilt nicht, sofern ein Verlassen der Wohnung zum Schutz des eigenen Lebens oder der eigenen Gesundheit zwingend erforderlich ist (z. B. Hausbrand, medizinischer Notfall),
 - Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören,
 - persönlichen Kontakt zu anderen häuslich isolierten Personen oder zu Erkrankten aus anderen Haushalten zu haben.
- 5.2. Hausarztbesuche und Facharztbesuche sind mit vorheriger Zustimmung des Gesundheitsamtes möglich. In diesen Fällen haben Erkrankte, Verdachtspersonen oder enge Kontaktpersonen anderen Personen vorab ausdrücklich auf das (mögliche) Vorliegen einer Infektion mit dem Corona-Virus SARS-CoV-2 hinzuweisen. Bei Kontakt ist eine FFP2- Maske zu tragen und der Mindestabstand von 1,5 Metern zu wahren.
- 5.3. Erkrankte, Verdachtspersonen, enge Kontaktpersonen und Ausscheider, denen gegenüber eine Absonderung angeordnet wurde, haben im Haushalt nach Möglichkeit eine zeitliche und räumliche Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern einzuhalten. Eine zeitliche Trennung kann zum Beispiel dadurch erfolgen, dass die Mahlzeiten zu verschiedenen Zeiten eingenommen werden. Eine räumliche Trennung kann zum Beispiel dadurch erfolgen, dass die Erkrankten sich in einem anderen Raum als die übrigen Haushaltsmitglieder aufhalten.
- 5.4. Möglicherweise kontaminierte Abfälle (zum Beispiel benutzte Taschentücher, Küchenabfälle, Materialien, die zum Abdecken von Mund oder Nase verwendet wurden) sind in stabilen Müllsäcken zu sammeln und in der Restmülltonne zu entsorgen.
- 5.5. Erkrankte, Verdachtspersonen und enge Kontaktpersonen müssen während der Absonderung ein Tagebuch („Quarantäne-Tagebuch“) führen, in dem zweimal täglich und mit einem Zeitabstand von mindestens sechs Stunden zwischen den Messungen die Körpertemperatur und Krankheitszeichen sowie der Kontakt zu Personen festzuhalten sind. Die Angaben aus dem Tagebuch sind von den Erkrankten, Verdachtspersonen und enge Kontaktpersonen dem Gesundheitsamt auf Verlangen mitzuteilen.

- 5.6. Bei Minderjährigen oder unter Betreuung stehenden Erkrankten, Verdachtspersonen und engen Kontaktpersonen müssen gemäß § 16 Absatz 5 IfSG die Erziehungsberechtigten oder die Betreuer/innen für die Einhaltung der Regeln zu den Absätzen 5.1 bis 5.5 sorgen.

6. Beobachtung

- 6.1. Für die Dauer der Absonderung stehen Erkrankte, Ausscheider, Verdachtspersonen und enge Kontaktpersonen unter der Beobachtung des Gesundheitsamtes.
- 6.2. Wer unter Gesundheitsbeobachtung steht, hat die erforderlichen Untersuchungen durch das Gesundheitsamt zu dulden und den Anordnungen des Gesundheitsamtes Folge zu leisten. Hierzu sind insbesondere die erforderlichen äußerlichen Untersuchungen, Abstriche von Haut und Schleimhäuten, Blutentnahmen und Röntgenuntersuchungen zu dulden sowie das erforderliche Untersuchungsmaterial (z. B. Speichel, Blut) auf Verlangen bereitzustellen.
- 6.3. Aufgrund der Beobachtung sind Erkrankte verpflichtet, dem Gesundheitsamt zum Zwecke der Befragung oder der Untersuchung den Zutritt zu ihrer Wohnung zu gestatten, dem Gesundheitsamt auf Verlangen über alle den Gesundheitszustand betreffenden Umstände Auskunft zu geben und im Falle des Wechsels der Hauptwohnung oder des gewöhnlichen Aufenthaltes unverzüglich dem bisher zuständigen Gesundheitsamt und dem künftig zuständigen Gesundheitsamt Anzeige zu erstatten. Dazu gehört unter anderem die Mitteilung über die häusliche Absonderung sowie über den Gesundheitszustand.

7. Verhaltenspflichten für Ansteckungsverdächtige

- 7.1. Sobald Ansteckungsverdächtige im Sinne von 1.1. e) vom Gesundheitsamt oder durch vom Gesundheitsamt beauftragte Personen über den Ansteckungsverdacht informiert worden sind, haben sie unaufgefordert für die Zeitdauer von 10 Tagen ein Selbstmonitoring durchzuführen.
- 7.2. Das Selbstmonitoring besteht in einer Buchführung über:
- das Vorliegen typischer Symptome einer SARS-CoV-2-Infektion, wie sie unter Punkt 1.1. b) beschrieben wurden;
 - Temperaturmessung;
 - Erfassung einer allgemeinen Erkältungssymptomatik.
- 7.3. Handelt es sich bei einem Ansteckungsverdächtigen um ein minderjähriges Kind, haben die Eltern dafür Sorge zu tragen, dass das Selbstmonitoring durchgeführt wird.
- 7.4. Auf Anforderung des Gesundheitsamtes sind die ermittelten Werte dem Amt vorzulegen bzw. nachzuweisen.
- 7.5. Sollten Symptome einer SARS-CoV-2-Infektion vorliegen, ist umgehend nach vorheriger telefonischer Anmeldung ein Arzt bzw. eine Ärztin aufzusuchen.

8. Übergangsregelung

Mit Inkrafttreten dieser Allgemeinverfügung finden die Anordnungen unter 2. bis 7. Anwendung auf sämtliche Anordnungen, die auf der Grundlage der „Neunten Allgemeinverfügung des Landkreises Potsdam-Mittelmark über die häusliche Absonderung und Gesundheitsbeobachtung von Personen, die mit dem neuartigen Corona-Virus (SARS-CoV-2) infiziert sind, von Verdachtspersonen sowie von engen Kontaktpersonen“ vom 25. November 2021 ergangen sind.

9. Hinweise

- 9.1. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Allgemeinverfügung sofort vollziehbar ist.
- 9.2. Erkrankte, Ausscheider, Verdachtspersonen oder enge Kontaktpersonen, welche einer der vorstehenden Regelungen nicht nachkommen, können zwangsweise durch Unterbringung in einem abgeschlossenen Krankenhaus oder in einem abgeschlossenen Teil eines Krankenhauses oder in sonstiger geeigneter Weise abgesondert werden.
- 9.3. Weitergehende Regelungen anderer einschlägiger Vorschriften werden von dieser Allgemeinverfügung nicht berührt und sind zu beachten. Hierzu zählt insbesondere die Verordnungen des Landes Brandenburg zu SARS-CoV-2 in der jeweils geltenden Fassung.

10. Ordnungswidrigkeit

Ein Verstoß gegen diese Allgemeinverfügung kann gemäß § 73 Absatz 1a Nr. 6 IfSG als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro geahndet werden.

11. Bekanntgabe

Diese Allgemeinverfügung tritt am 29. Dezember 2021, dem Tage nach der Zugänglichmachung auf der Internetseite des Landkreises Potsdam-Mittelmark, in Kraft.

12. Befristung

Die Allgemeinverfügung gilt bis einschließlich 22. Februar 2022.

Begründung

A. Sachverhalt

I.

Seit Anfang März 2020 werden im Landkreis Potsdam-Mittelmark Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus „SARS-CoV-2“ nachgewiesen, das zur Erkrankung COVID-19 führen kann.

Der 7-Tages-Inzidenzwert (Zahl der Infizierten pro 100.000 Einwohner innerhalb einer Woche) wies seit Anfang März 2020 drei Höhepunkte aus. Seit August 2021 entwickelt sich die vierte Infektionswelle. Die Werte entwickelten sich ausweislich der Angaben des RKI im Landkreis Potsdam-Mittelmark wie folgt:

13.10.2021:	36,7
20.10.2021:	65,6
27.10.2021:	109,7
03.11.2021:	140,9
10.11.2021:	231,7
17.11.2021:	510,2
24.11.2021:	550,1
01.12.2021:	562,5
08.12.2021:	475,3
15.12.2021:	430,8
22.12.2021:	418,0

Seit November 2021 kursiert die Omikron-Variante des Corona-Virus „SARS-CoV-2“, zu deren Gefährlichkeit und Infektiosität derzeit keine verlässlichen Angaben gemacht werden können. Die Omikron-Variante ist allerdings in europäischen Nachbarländern zur vorherrschenden Variante des Corona-Virus „SARS-CoV-2“ geworden, so dass eine ähnliche Entwicklung in Deutschland befürchtet werden muss und dementsprechende Vorbeugungen zu treffen sind.

II.

Die Zahl der Personen, die aufgrund der Allgemeinverfügungen des Gesundheitsamtes sich in Absonderung begeben mussten, korrespondiert nicht zwingend mit der Zahl der Neuinfektionen, sondern basiert häufig auf Infektionsfeststellungen mit unklaren Personenkontakten insbesondere in Schulen und Einrichtungen der Kindertagespflege. Daraus ergeben sich ausweislich der vom Gesundheitsamt ermittelten Daten die nachfolgenden Zahlen für Personen, die sich am Stichtag in Absonderung befanden:

13.10.2021:	223
20.10.2021:	152

27.10.2021: 247
 03.11.2021: 371
 10.11.2021: 348
 17.11.2021: 1502
 24.11.2021: 2132
 01.12.2021: 1993
 08.12.2021: 1765
 15.12.2021: 1613
 22.12.2021: 1515

III.

Das Intensivregister der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), die für die Registrierung von Krankenhausbetten der Intensivmedizin zuständig ist, ermittelte für den Landkreis Potsdam-Mittelmark mit dem Stand 16.12.2021 eine Belegung von 60 Betten der im Landkreis vorhandenen 66 Betten der Intensivmedizin. Der Anteil der freien Betten wurde mit 9,1 % ermittelt. Es wurden 13 COVID-Patienten behandelt, davon 6 am Beatmungsgerät. Damit hat sich die Zahl der Intensivpatienten wie auch die der beatmeten Intensivpatienten binnen vier Wochen annähernd verdreifacht.

In Potsdam waren 53 von 66 Intensiv-Betten belegt, davon 15 mit COVID-Patienten, von denen 10 beatmet wurden.

In Brandenburg a. d. H. waren 46 von 65 Intensiv-Betten belegt, davon 9 mit COVID-Patienten, von denen 4 beatmet wurden.

Die Bettenkapazität im Landkreis befindet sich damit unterhalb des kritischen Auslastungsbereichs (= unter 10 % freie Kapazität).

Die Quote der COVID-Patientinnen und -Patienten an den intensivmedizinisch betreuten Personen betrug in Brandenburg am 22.12.2021 24,7 %.

IV.

Bei dem aktuell im Umlauf befindlichen neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 einschließlich seiner Mutationen handelt es sich um einen Krankheitserreger gemäß § 2 Nummer 1 IfSG, der durch Übertragung von Mensch zu Mensch mittels Tröpfchen- oder Schmierinfektion die übertragbare Krankheit COVID-19 auslöst. Hierbei handelt es sich um einen Atemwegsinfekt, der einen schweren Verlauf nehmen kann.

Die Inkubationszeit des Virus beträgt laut RKI 14 Tage. Es ist nach den vorliegenden Erkenntnissen nicht ausgeschlossen, dass Personen das Virus in sich tragen und bereits ausscheiden (die Personen also infektiös sind), noch bevor erste Symptome auftreten. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich Menschen, die geimpft worden sind oder eine Corona-Infektion überstanden haben, an mutierten Corona-Viren erneut anstecken können.

Das RKI geht in Punkt 3.1. seiner Empfehlungen für eine Kontaktpersonen-Nachverfolgung (Stand 14.12.2021) von einem höheren Infektionsrisiko aus bei

1. Personen in einem engen Kontakt zur infizierten Person (<1,5 m, Nahfeld) länger als 10 Minuten ohne adäquaten Schutz (= durchgehender und korrekter Mund-Nasen-Schutz oder FFP2-Maske);

2. Personen im Gespräch mit der infizierten Person (Face-to-face-Kontakt, <1,5 m, unabhängig von der Gesprächsdauer) ohne adäquaten Schutz oder im direkten Kontakt (mit respiratorischem Sekret);
3. gleichzeitigem Aufenthalt von Kontaktperson und infizierter Person im selben Raum mit wahrscheinlich hoher Konzentration infektiöser Aerosole unabhängig vom Abstand für > 10 Minuten, auch wenn durchgehend und korrekt ein Mund-Nasen-Schutz oder eine FFP2-Maske getragen wurde.

Darüber hinaus rät das RKI in Punkt 3.1.1. seiner Empfehlungen vom 14.12.2021 für eine Kontaktpersonen-Nachverfolgung den Gesundheitsämtern dazu, im eigenen Ermessen zu ermitteln, ob auch Personen, die sich mit einem bestätigten COVID-19-Fall in relativ beengten Raumsituationen oder in schwer zu überblickenden Kontaktsituationen aufgehalten haben, unabhängig von der individuellen Risikolage und auch bei einer Kontaktdauer von <10 Minuten als enge Kontaktpersonen zu bewerten sind.

Das RKI empfiehlt ferner, das Gesundheitsamt möge prüfen, ob eine Einstufung als enge Kontaktpersonen in Settings mit niedrigem Risiko für schwere Verläufe (insbesondere Schulsetting) - unter Berücksichtigung der Risikobewertung - auf Haushaltskontakte, enge Freunde, Sitznachbarn eingeschränkt werden kann, sofern die Information und Kontrolle des weiteren Infektionsgeschehens gewährleistet ist.

Die bisher bekannten Krankheitsverläufe lassen darauf schließen, dass insbesondere immungeschwächte Patienten und Patienten ab einem Lebensalter von 60 Jahren besonders von schweren und unter Umständen tödlichen Verläufen der Krankheit betroffen sind, während bei vormals gesunden Personen teilweise nur milde oder gar symptomlose Verläufe auftreten.

Es gibt ferner Fälle, in denen vormals Erkrankte noch nach mehreren Monaten an den Folgewirkungen ihrer COVID-19-Erkrankungen litten und nicht arbeitsfähig waren („Long COVID“).

Aufgrund der Erfahrungen aus dem vergangenen Herbst und Winter war insbesondere nach den Schulferien mit einer Zunahme an Infektionen zu rechnen. In der 45./46. Kalenderwoche registrierte das Gesundheitsamt eine gewaltige Steigerung, als der Inzidenzwert von 253,7 auf 621,2 anstieg. Damit einher ging eine beträchtliche Zunahme der Zahl an Personen, für die eine Absonderung angeordnet werden musste. Diese Zunahme an Neuinfektionen lag über dem Durchschnitt in der Bundesrepublik Deutschland. Trotz des danach zurückgehenden Wertes ist mit einem erneuten Anstieg aufgrund der Omikron-Variante des Coronavirus SARS-CoV-2 zu rechnen.

V.

Um die Verbreitung der Infektionskrankheit wirkungsvoll zu verhindern, muss das Ansteckungsrisiko minimiert werden. Andernfalls droht die Gefahr, dass die Gesundheitsversorgung durch den gleichzeitigen starken Anstieg an Erkrankten mit ähnlichem Behandlungsbedarf überlastet wird. Eine Überlastung kann ferner eintreten, wenn die Zahl der Kontaktnachverfolgungen aufgrund schwer zu überblickender Kontaktsituationen derartig zunimmt, dass die Nachverfolgung durch das Gesundheitsamt kaum noch erfolgversprechend umgesetzt werden kann.

Eine solche Überlastung muss vermieden werden. Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit müssen Infektionsketten schnellstmöglich und wirkungsvoll unterbrochen werden.

Dieser dem Gesundheitsamt obliegenden Aufgabe lässt sich mit dem vorhandenen eigenen Personal nur schwer nachkommen. Seit dem 9. August 2021 findet in den Schulen wieder Präsenzunterricht statt. Die überwiegende Zahl der Infektionsfälle ist auf den Besuch einer Gemeinschaftseinrichtung im Sinne von § 33 IfSG zurückzuführen. So lag die Inzidenz in der 49. Kalenderwoche in Brandenburg:

bei den 5- bis 9-Jährigen bei 888,05

bei den 10- bis 14-Jährigen bei 904,70

bei den 15- bis 19-Jährigen bei 527,20

Seit der 37. Kalenderwoche weisen die Kinder zwischen 5 und 14 Jahren die höchsten Inzidenzwerten in Brandenburg auf.

Eine Nachverfolgung, auf wen eine Infizierung zurückzuführen ist und welche Personen als Kontaktpersonen in Betracht kommen können, lässt sich auch bei intensivem Personaleinsatz in einer relevanten Zahl von Fällen nicht bzw. nicht in der gebotenen kurzen Zeit bewerkstelligen. Insbesondere in Schulen mussten bei mehreren Infektionen in einer einzelnen Klasse sämtliche Schülerinnen und Schüler aufgrund des unklaren Ausbruchsgeschehens als enge Kontaktpersonen in Absonderung. Solche aus Sicht der Pandemiebekämpfung erforderlichen Anordnungen sind mit der Vermittlung von schulischer Bildung nicht in Einklang zu bringen. Aufgrund der aktuellen Lage, mit nach wie vor dynamischen Infektionsgeschehen, wird bei der Identifizierung von Infizierten und der Kontaktpersonennachverfolgung im Landkreis Potsdam-Mittelmark den Empfehlungen des brandenburgischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) im Schreiben „Maßnahmen zur Bewältigung des aktuellen SARS-CoV-2-Infektionsgeschehens – Priorisierung der Aufgaben der Gesundheitsämter und Kontaktnachverfolgung“ vom 15.11.2021 gefolgt.

VI.

Eine spezifische Therapie gegen Coronaviren existiert derzeit noch nicht. Zwar sind ca. 2/3 der bundesdeutschen Bevölkerung vollständig gegen das Corona-Virus geimpft, die Impfkampagne wird aber noch andauern. Sie zeigt Erfolge, die sich an der bundesweit ermittelten geringeren Sterbequote im Vergleich zum Januar 2021 ablesen lassen. Daraus ist abzuleiten, dass die Zahl schwerer Fälle mit tödlichem Verlauf abgenommen hat.

Nach Einschätzung des RKI ist der Anteil der Geimpften an der Gesamtbevölkerung nach wie vor noch nicht ausreichend hoch, um auch eine Schutzwirkung für den nicht geimpften Teil der Bevölkerung zu entfalten.

B. Rechtliche Würdigung

I.

Nach § 3 Absatz 5 Satz 1 des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes (BbgGDG) haben die Landkreise zur Verhütung und Bekämpfung von bedrohlichen übertragbaren Krankheiten vorbereitende und abwehrende Maßnahmen zu treffen. Gem. § 54 IfSG i. V. m. § 1

der Infektionszuständigkeitsverordnung des Landes Brandenburg (IfSZV), Anlage zu § 1, lfd. Nr. 3.3 und 3.4 ist der Landkreis Potsdam-Mittelmark zuständig für die Anordnung von Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten in seinem Kreisgebiet. Nach §§ 28 Absatz 3, 16 Absatz 7 IfSG kann das Gesundheitsamt des Landkreises die erforderlichen Maßnahmen anordnen.

II.

Im Land Brandenburg wie auch im Landkreis Potsdam-Mittelmark besteht eine Gefahrenlage für die Bevölkerung durch stark ansteigende Inzidenzwerte.

Da aufgrund der Abwägung der effektiven Pandemiebekämpfung einerseits und der notwendigen Vermittlung schulischer Bildung andererseits dem Präsenzunterricht aus erzieherischen Gründen und zur Vermeidung weiterer Bildungsdefizite eine Priorität eingeräumt wurde, resultierte hieraus eine zunehmende Fallbearbeitung durch das Gesundheitsamt.

Oberstes Ziel ist die Unterbrechung der Infektionsketten durch Isolierung der bereits erkrankten Personen, Verdachtspersonen sowie der engen Kontaktpersonen. Hierfür ist es geboten, schnell und unter Wahrung der Rechtseinheit im Landkreis zu agieren. Ein schnelles Handeln ist zwingend notwendig, da die Verbreitung des Virus nach den epidemiologischen Erkenntnissen des RKI exponentiell erfolgt und daher jeder Tag ohne entsprechende Maßnahmen eine weitere Verbreitung nach sich ziehen kann.

Gemäß den Empfehlungen des MSGIV wird bei der Kontaktpersonennachverfolgung eine Priorität auf besonders vulnerable Personengruppen gelegt. Darauf fußend wird für Personen in Schulen oder Einrichtungen der Kindertagespflege anstelle bei unklaren Personenkontakten einer Absonderungsverpflichtung die Verpflichtung zum Selbstmonitoring eingeführt.

III.

Rechtsgrundlage für diese Allgemeinverfügung sind die §§ 28 Absatz 1, 29 Absatz 1 und 30 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 16 IfSG. Die Aufhebung der 9. Allgemeinverfügung beruht auf § 49 VwVfG, indem veränderte Umstände eine Anpassung der Anordnungen erfordern.

Bei ihren Anordnungen der Absonderung sowie der Meldepflichten orientiert sich die Behörde an den Empfehlungen des RKI als derjenigen Bundesbehörde mit der erforderlichen fachlichen Expertise.

Die Verpflichtung der Gemeinschaftseinrichtung zur Weitergabe der Information über einen Positivbefund an das Gesundheitsamt gemäß Punkt 2.5. ergibt sich aus § 34 Absatz 6 IfSG.

Die zuständige Behörde trifft zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten die notwendigen Schutzmaßnahmen, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Insbesondere kann sie die Absonderung (§ 30 IfSG), die Beobachtung sowie Auskunftspflicht und die Untersuchung von Erkrankten (§ 29 IfSG) anordnen. Soweit diese Anordnungen eine minderjährige Person betreffen, haben die Sorgeberechtigten, bei betreuten Personen die Betreuer zu deren Aufgabenkreis diese Verpflichtung gehört, sicherzustellen, dass die angeordneten Maßnahmen eingehalten werden (§ 28 Absatz 3 i. V. m. § 16 Absatz 5 IfSG).

Die Grundrechte der Freiheit der Person nach Artikel 2 Absatz 2 Grundgesetz (GG), der Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 GG und die Unverletzlichkeit der Wohnung nach Artikel 13 Absatz 1 GG werden insoweit eingeschränkt.

IV.

Gemäß § 1 Absatz 1 BbgVwVfG i. V. m. 28 Absatz 2 Nr. 1 und Nr. 4 VwVfG ist beim Erlass dieser Allgemeinverfügung aufgrund der akuten Gefahrenlage nach Ausübung pflichtgemäßen Ermessens von einer Anhörung abgesehen worden. Begründet ist dies aufgrund der Dringlichkeit, mögliche Infektionsketten so schnell wie möglich zu unterbinden.

Die Anordnungen zur häuslichen Absonderung von Personen beruhen auf §§ 16 Absatz 1, 28 Absatz 1 und Absatz 3, 30 Absatz 1 Satz 2 IfSG. Danach trifft die zuständige Behörde die notwendigen Maßnahmen zur Abwendung der dem Einzelnen oder der Allgemeinheit drohenden Gefahren, wenn Tatsachen festgestellt werden, die zum Auftreten einer übertragbaren Krankheit führen können. Gleiches gilt, wenn anzunehmen ist, dass solche Tatsachen vorliegen (§ 16 Absatz 1 IfSG).

Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt, so trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen (§ 28 Absatz 1 IfSG). Nach § 30 Absatz 1 Satz 2 IfSG kann bei sonstigen Kranken sowie bei Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in einem geeigneten Krankenhaus oder in sonstiger geeigneter Weise abgesondert werden, bei Ausscheidern jedoch nur, wenn sie andere Schutzmaßnahmen nicht befolgen, befolgen können oder befolgen würden und dadurch ihre Umgebung gefährden.

V.

Die Allgemeinverfügung richtet sich an Erkrankte, Ausscheider sowie Ansteckungsverdächtige (Verdachtspersonen und enge Kontaktpersonen). Bei engen Kontaktpersonen ist von einem Ansteckungsverdacht auszugehen, da mit hinreichender Wahrscheinlichkeit eine Ansteckung angenommen werden kann, wenn ausweislich der Ermittlungen des RKI, die in den Empfehlungen zur Kontaktpersonennachverfolgung niedergelegt sind, entweder zu einer infizierten Person mindestens ein 10-minütiger Gesichtskontakt (zum Beispiel im Rahmen eines Gesprächs) erfolgt ist oder direkter Kontakt zu Sekreten oder Körperflüssigkeiten eines bestätigten COVID-19-Falls bestand. Gleiches gilt bei medizinischem Personal, das in Kontakt zu einer an COVID-19 erkrankten Person im Rahmen der Pflege oder medizinischen Unterstützung ohne verwendete Schutzausrüstung gekommen ist.

Diese Kriterien des RKI zieht der Landkreis Potsdam-Mittelmark zur Ermittlung von engen Kontaktpersonen heran. Aufgrund der besonderen Gefahr, die von dem neuartigen Erreger aufgrund seiner hohen Übertragbarkeit, länger andauernden Inkubationszeit und teilweise schweren Krankheitsverläufe besteht, sind an die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung geringe Anforderungen zu stellen.

VI.

Die Behörde hat das ihr zustehende Ermessen pflichtgemäß ausgeübt.

Ausschlaggebend waren folgende Gesichtspunkte: Die Absonderungen von Erkrankten und Krankheitsverdächtigen im Wege der Allgemeinverfügung sind notwendige Maßnahmen, um Infektionswege zu unterbrechen und die Verbreitung der Infektion wirkungsvoll zu verhindern oder im gebotenen Maß zu verzögern. Das Virus wird vorrangig durch Kontakt von Mensch zu Mensch übertragen. Nur durch die strenge Limitierung bzw. Unterbindung der Kontaktmöglichkeiten kann der akuten Gefahr der weiteren ungehinderten Verbreitung der Krankheitserreger Einhalt geboten werden.

Die generelle Ermöglichung weiterer Kontakte zu Menschen außer Haus würde demgegenüber selbst bei Tragen eines Mundschutzes ein zu großes Übertragungsrisiko darstellen. Die Absonderung, also die Isolierung in vertrauter Umgebung, ist weniger einschneidend als eine Fremdunterbringung.

Bei der Dauer der Absonderung der Erkrankten, Ausscheider Verdachtspersonen und engen Kontaktpersonen folgt die Behörde den aktuell geltenden RKI-Empfehlungen zur Einschätzung des maximalen Zeitraums der Inkubationszeit und Infektiosität (vgl. RKI: „Orientierungshilfe: COVID-19: Entlassungskriterien aus der Isolierung“ vom 18.05.2021 (Stand: 14.12.2021) und „Kontaktpersonen-Nachverfolgung (KP-N) bei SARS-CoV-2-Infektionen“ vom 14.12.2021).

Die während der Absonderung angeordnete Beobachtung der Betroffenen durch das Gesundheitsamt erfolgt auf der Grundlage des § 29 IfSG. Sie dient dem Ziel der Eindämmung der Ausbreitung des Virus und ist nötig und angesichts ihrer geringen Eingriffsintensität angemessen, um gegebenenfalls die Notwendigkeit weitergehender Schutzmaßnahmen beurteilen zu können.

Als milderer Mittel hat die Behörde für Ansteckungsverdächtige ein Selbstmonitoring angeordnet, um damit einerseits einer sich möglicherweise anbahnenden Infektion frühestmöglich begegnen zu können, andererseits aber einschneidendere Maßnahmen wie Absonderungsanordnungen zu vermeiden.

Da nach Einschätzung des RKI aktuell nach wie vor nicht genügend Menschen in Deutschland geimpft sind, um eine Schutzwirkung für nicht geimpfte Personen zu entfalten, und keine wirksamen Therapien zur Verfügung stehen, besteht die Gefahr einer Verstärkung des Infektionsgeschehens mit erheblichen Folgen für Leben und Gesundheit des ungeimpften Teils der Bevölkerung sowie derjenigen Personen, deren Immunschutz schwindet.

VII.

Es ist geboten, die betroffenen Personen selbst mit ihren Möglichkeiten in die Pflicht zu nehmen in Form der Selbstkontrolle durch Messung der Körpertemperatur und Dokumentation in einem Tagebuch. Auch können in der Regel nur die Erkrankten selbst Auskunft über ihre Kontaktpersonen geben.

Die getroffenen Maßnahmen stehen nicht außer Verhältnis zum Ziel, eine Weiterverbreitung des Krankheitserregers in der Bevölkerung zu verhindern. Durch eine Infektion besteht insbesondere bei einem vulnerablen Personenkreis wie beispielsweise immungeschwächten, älteren oder kranken Personen das Risiko einer Erkrankung und damit eines potentiell schweren oder gar tödlichen Verlaufs. Ebenso können andere Personen, die in Kontakt mit Erkrankten oder Verdachtspersonen kommen, Vektoren für das Virus sein.

Die Krankenhäuser im Land Brandenburg und in der gesamten Bundesrepublik haben eingeschränkte Kapazitäten, um derart intensiv behandlungsbedürftige Patienten aufnehmen zu

können. Neben den COVID-Patientinnen und -Patienten ist der Regelbetrieb des Gesundheitssystems aufrecht zu erhalten.

Nach den Erkenntnissen des DIVI Intensivregisters nimmt die Zahl der intensivmedizinisch zu betreuenden Personen deutlich zu. Da es sich zunehmend um jüngere Menschen handelt, ist die Behandlungsdauer im Krankenhaus und vor allem auch in den Intensivstationen länger, die Todesrate hingegen niedriger.

Zum Gesundheitssystem gehört ferner die Tätigkeit des Gesundheitsamtes und hier insbesondere die Pandemiebekämpfung. Die Allgemeinverfügung hat das Ziel, die Arbeit im Gesundheitsamt effektiver zu gestalten und Verfahrensabläufe zu vereinheitlichen sowie Entscheidungen zu vereinfachen, indem anstelle von Einzelentscheidungen in zahlreichen Bescheiden die zentralen und für alle Fälle gleichgelagerten Anordnungen durch diese Allgemeinverfügung getroffen werden.

Die zeitlich überschaubar befristete Beschränkung der individuellen Bewegungs- und Handlungsfreiheit ist angesichts der der Gesamtbevölkerung drohenden Gesundheitsgefahren verhältnismäßig.

VIII.

Die Allgemeinverfügung ist gemäß § 1 BbgVwVfG i. V. m. § 36 Absatz 2 Nr. 1 VwVfG zunächst auf den 22. Februar 2022 befristet.

Der Landkreis behält sich die Aufhebung zu einem früheren Zeitpunkt vor, falls eine Entspannung der Lage dies zulässt.

Eine Befristung auf zwei Monate und der Vorbehalt der Aufhebung der Allgemeinverfügung gebietet insoweit der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Die Allgemeinverfügung ist angemessen, da sie nicht außer Verhältnis zu dem in der Allgemeinverfügung angestrebten Schutz höherwertiger Rechtsgüter wie Leben, Leib und Gesundheit der Bevölkerung steht.

Sie hat ferner das Ziel, das Gesundheitsamt von Anordnungen zu entlasten und die Eigenverantwortlichkeit der Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises zu stärken. Die Allgemeinverfügung ist daher geeignet, Verfahrensabläufe im Interesse der Betroffenen – Erkrankte, Verdachtspersonen, enge Kontaktpersonen – zu beschleunigen.

IX.

Gemäß § 1 der Verordnung zur elektronischen öffentlichen Bekanntgabe von Allgemeinverfügungen nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutzgesetz-Bekanntgabeverordnung – IfSGBekV) vom 12. Februar 2021 (GVBl. II Nr. 17/2021) tritt diese Allgemeinverfügung am Tage nach der Zugänglichmachung auf der Internetseite des Landkreises Potsdam-Mittelmark in Kraft.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landkreis Potsdam-Mittelmark, Niemöllerstr. 1, 14806 Bad Belzig erhoben werden.

Hinweis zur sofortigen Vollziehbarkeit:

Diese Anordnungen sind gemäß § 28 Absatz 3 i. V. m. § 16 Absatz 8 IfSG sofort vollziehbar. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

Um eine aufschiebende Wirkung zu erhalten, müsste ein entsprechender Antrag gestellt werden beim: Verwaltungsgericht Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 32, 14469 Potsdam.

Bad Belzig, 28. Dezember 2021



Blasig
Landrat

